



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

291 (5.7.1920) Abend-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-192144](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-192144)

Mannheimer General-Anzeiger

Redaktions- und Geschäftsstelle: Mannheimer Anzeiger, Montag, 5. Juli 1920, Nr. 291. Preis: 1.00 für den Abnehmer. ...

Babijae Neueste Nachrichten

Verlags- und Druckerei: ...

Die Konferenz in Spa.

Erst Sicherung der Existenzmöglichkeit, dann Festsetzung der Jahreszahlung.

Paris, 5. Juli. Jules Sauerwein, der Sonderberichterstatter des Matin, hatte mit dem Minister des Äußeren Simons gestern Abend in Spa eine Aussprache. Simons erklärte: Natürlich werden wir Vorschläge machen. Kein vernünftiger Mensch kann aber von uns verlangen, daß wir eine feste Summe oder feststehende Jahreszahlungen vorschlagen. Ueberlegen Sie doch: Wenn wir den augenblicklichen Stand Deutschlands und seine gegenwärtigen Zahlungsmöglichkeiten in Betracht ziehen, würden unsere Ziffern bei unsren Rählern nur den Spott herausfordern. Man würde alsdann über unsren schlechten Willen schreiben. Wenn wir aber eine mögliche Ziffer, die sich mehr oder weniger derjenigen nähern würden, welche wir als die Forderung der Alliierten ansehen können, dann würde man mit Recht sagen, wir blühen oder wir sprechen nicht ernst.

Wir werden Jahreszahlungen vorschlagen, die im Verhältnis stehen zur Wiederherstellung unsres Landes, d. h. welche Existenz man uns bereiten will, damit wir ernstlich sagen können, was wir fähig sind, zu zahlen.

Werden wir Oberschlesien besitzen oder nicht? Die Frage soll durch eine Volksabstimmung entschieden werden; aber es ist sehr einleuchtend, daß von dieser Volksabstimmung eine Steigerung oder eine wesentliche Verminderung unsrer Zahlungsfähigkeit abhängt und die Möglichkeit, Rohmaterial zu kaufen. Erst müssen wir über unsre Existenzmöglichkeit in Zukunft vollkommen im klaren sein, bevor wir irgendwelche feste Vorschläge machen können. Eine andre Sprache können wir nicht führen.

Ähnliche Erklärungen gab Minister Simons noch andren Berichterstattern ab, darunter auch einem Vertreter der Brüsseler Zeitung Soir.

Einem Korrespondenten der Chicago Tribune gegenüber sagte Simons: Vergessen Sie nicht, daß die beiden stärksten politischen Parteien in Deutschland Arbeiterparteien sind. Stimmen die Arbeiter den Abmachungen nicht zu; dann sind sie ein beschriebenes Blatt Papier und bleiben ohne jede Ausführungsmöglichkeit.

Die Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands.

Berlin, 5. Juli. (Von unserm Berliner Büro.) Die der Entente übermittelte Denkschrift über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands für die Wiedergutmachung sieht die deutsche Finanz- und Wirtschaftslage in folgenden Sätzen zusammen:

Man erwartet auf der einen Seite von der deutschen Regierung, daß sie mit rücksichtsloser Anspannung aller Kräfte, Ausgaben und Einnahmen in Einklang bringen und der Inflation durch Verminderung der schwebenden Schuld Einhalt tun werde. Man verlangt sie auf der andren Seite zu fortwährender Vermehrung ihrer Ausgaben und zur beschleunigten Steigerung ihres Rollen-umlaufes. Die Belastung der deutschen Finanzen läßt sich automatisch zu einer Erhöhung der schwebenden Schuld. Die Vermehrung der schwebenden Schuld bringt fast ebenso selbsttätig eine Vermehrung des Notenumlaufes, die eine neue Entwertung des Geldes und eine Erhöhung der Preise bedingt. Eine Erhöhung der Preise kann unter den heutigen Verhältnissen nicht zu einer Ausdehnung der Produktion führen; wohl aber macht sie jeder wirtschaftliche Berechnung unmöglich und verursacht erbitterte Lohnkämpfe. Der Papierwert der deutschen Produktion wächst ins Unermessene, der Sachwert, ausgedrückt in Goldmark, muß geringer, die bessere Ernährung der Bevölkerung durch eingesparte Lebensmittel wieder schwieriger werden und die innere Produktion sinken. Diese Verhältnisse führen zu neuen Lohnforderungen und jede bewilligte Lohnherabsetzung wird durch sprunghafte Preiserhöhung mehr als wett gemacht. Die an das Ausland zu entrichtenden Zahlungen in Goldmark bleiben unverändert. Sie beanspruchen aber bei fallender Produktion einen verhältnismäßig großen werdenden Teil des der deutschen Wirtschaft zur Verfügung gestellten Gesamtproduktes. Durch die Zahlung durch Ausgabe neuer papierener Zahlungsmittel erhöhen sich die Preise. Unter diesen Umständen kann das deutsche Finanzwesen trotz rücksichtsloser Eingriffe in das Vermögen und Einkommen nicht gefunden. Ohne wirtschaftliche Bemessungsmaßregeln und wirtschaftliche Zusammenarbeit mit andren Völkern kann Deutschland seine Finanzen niemals ordnen.

110 Milliarden.

Paris, 5. Juli. (W. B.) Der Sonderberichterstatter des „Matin“ will wissen, daß man von Deutschland 110 Milliarden Goldmark verlangen werde. Diese Summe sei jetzt in Brüssel festgelegt worden. Frankreich werde demnach 6 1/2 Milliarden Goldmark erhalten.

Ein Programm der Pragis.

Kammerpräsident Dr. Kisefeld, der durch sein Buch über die Volkswirtschaft des Wiederaufbaus sich einen Namen gemacht hat, entwirft ein Programm für Spa, das unsere Aufmerksamkeit verdient. Auch er betont, daß Deutschland keine Verpflichtung übernehmen darf, die es nicht erfüllen kann und deren Verlautbarung die überall bestehende Hoffnungslosigkeit geradezu zur Verzweiflung steigern würde. Politiker und Kaufleute der interessierten Mächte sollten sich endlich darüber klar werden, daß es sich unter aller Schonung der Empfindlichkeiten bei der europäischen u. deutschen Frage der Gegenwart in erster Linie um ein ganz gewaltiges industrielles, finanzielles und kaufmännisches Sanierungsunternehmen handelt, wie ja jedes vom Konturs des Kleinbetriebs bis zum Zusammenbruch großer Konzerne jedes Land schon häufiger beschäftigt haben. Dieses Problem, so schwierig es sein mag, soll man

nicht gar zu sehr komplizieren, sondern mehr auf das alle philosophische Prinzip der Simplizität der Tatsachen zurückführen:

1. Deutschland braucht Kredite zur Beschaffung von Rohmaterialien, Rohstoffen und eventual zur Zahlung von Frachten, um überhaupt wieder produzieren, verdienen und zahlen zu können. Jede Kontrolle und Sicherheit wird gewährt!
2. Deutschland braucht eine Limitierung seiner Finanzverpflichtungen auf eine tragfähige Summe und für eine bestimmte Zeit, wobei eine Verringerung der Zahlungen vorgezogen werden könnte, welche nach Ablauf der Frist eine neuerliche Prüfung der dann eingetretenen Verhältnisse zuläßt.
3. Deutschland braucht eine Reform seiner Rohlieferungsverpflichtungen.
4. Deutschland ist ganz erbtig unter Anwendung größter Sparmaßnahmen in den öffentlichen Verwaltungen, nach Erörterung seiner Wirtschaft- und sozialpolitischen Lage, die Produktion auf allen Gebieten in ruhiger Entlohnung bis zum höchsten Höchstmaß zu steigern, in der Hoffnung, daß auch diesen Maßstab geachtet werden kann.
5. Deutschland sucht die Aufnahme in den Völkerbund nach und hofft insbesondere mit Rücksicht auf Artikel 19 des Völkerbundesvertrages, daß die Bundesversammlung die Bundesbeiträge zu einer Reduzierung der unanwendbar gewordenen Verträge und solcher internationaler Verhältnisse auffordert, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.
6. Deutschland hofft auch nach dem Friedensvertrag, daß ihm diejenigen entzogenen Güter mittel vom Wiedergutmachungsausgleich wieder zurückerhalten werden, die nötig sind, um seine Wirtschaftsanpassung am Leben zu erhalten, damit es in der Lage ist, seine Wiedergutmachungsleistungen in Zukunft dauernd zu erfüllen.
7. Deutschland erhofft eine neuerliche Überprüfung der im Friedensvertrag erfolgten kolonialen Verhältnisse.

England und Italien in Spa.

Zur Beurteilung der diplomatischen Lage in Spa ist es nicht unwichtig, auf Englands Sorgen im Osten hinzuweisen. In Vorderasien reichen sich Rußland und der Islam die Hand; hier liegt augenblicklich der Schlüssel der englischen Politik. Vieles, wenn nicht alles wird davon abhängen, ob unsere Vertreter in Spa es verstehen werden, England begreiflich zu machen, daß es für diese seine Interessen im Osten nur von einem zur Ruhe und Ordnung und zu gesicherten Arbeitsmöglichkeiten kommenden Deutschland Nutzen erwarten kann.

Was Italien anlangt, so werden unsere Vertreter zur Auswertung und Behandlung der diplomatischen Lage wohl nicht unwichtig, auf Englands Sorgen im Osten hinzuweisen. In Vorderasien reichen sich Rußland und der Islam die Hand; hier liegt augenblicklich der Schlüssel der englischen Politik. Vieles, wenn nicht alles wird davon abhängen, ob unsere Vertreter in Spa es verstehen werden, England begreiflich zu machen, daß es für diese seine Interessen im Osten nur von einem zur Ruhe und Ordnung und zu gesicherten Arbeitsmöglichkeiten kommenden Deutschland Nutzen erwarten kann.

Poincaré mit der Konferenz nicht einverstanden.

Paris, 5. Juli. (W. B.) Der ehemalige Präsident der Republik, Poincaré, veröffentlicht einen Artikel im „Matin“, aus dem hervorgeht, daß Poincaré sich mit der Konferenz von Spa nicht einverstanden erklären könne. Der Gehalte der Konferenz sei nicht von Frankreich ausgegangen. Die Kur, die in Spa vorgenommen werden sollte, sei nicht politisch. Poincaré meint, Deutschland sei berechtigt geworden durch die Zugeständnisse, die es bereits erhalten habe, und schickte sich an, neue Konzessionen zu erlangen. Deutschland mache sein Recht auf die Kohlenfelder Oberschlesiens geltend. Es verlange ein Heer von 200 000 Mann, daß man seine Ernährung und die Belieferung mit Rohmaterialien sicherstelle. Es verlange eine Kürzung der Besatzungstruppen und die Verminderung der Truppenzahl im besetzten Gebiet. Kurz und gut, 1 Jahr und 8 Monate, nachdem man feierliche Verpflichtungen übernommen hat, kündigt man an, sich davon befreien zu wollen. Deutschland sei entschlossen, die Verpflichtungen nicht zu erfüllen. Die Worte, die Präsident Ebert dem neuernannten französischen Botschafter zugesandt hat, sind für Poincaré von guter Hoffnung und glücklicher Zukunft; aber die Gegenwart fehle. Deutschland müsse damit beginnen, die Waffen niederzulegen und zu bezahlen.

Eine zurückgewiesene Anmahnung Frankreichs.

Paris, 5. Juli. (W. B.) Bertinog, der Berichterstatter des Echo de Paris, berichtet aus Brüssel: Es habe gestern den Anschein gehabt, daß der französische Antrag, internationale Kontrollkommissionen in den Bahnhöfen Deutschlands zu entsenden, durch die die an Frankreich zu liefernden Kohlen gehen, angenommen würde. Diese Kontrollkommissionen sollten aus französischen und englischen Sachverständigen bestehen. Lloyd George habe am Samstag diesen Antrag scharf zurückgewiesen.

Zum Verkauf des abgelieferten Hafen- und Eisenbahnmaterials.

Paris, 5. Juli. (W. B.) Wie Bertinog meldet, hat die englische Regierung in Brüssel eine Note überreicht, in der sie den Vorschlag macht, daß die von Deutschland abgelieferten Schiffe und das Eisenbahnmaterial nach dem heutigen Tagespreis zu verrechnen sind und nicht nach dem Preise, der im Augenblicke des Waffenstillstandes maßgebend war. Bertinog meint, daß die Schiffe, die England erhalten habe, dadurch in ihrem Werte vermindert würden, daß aber das Eisenbahnmaterial, das zum größten Teile Frankreich erhalten habe, bedeutend im Werte steigen würde.

Keine Zielerklärungen während der Konferenz.

Paris, 5. Juli. (W. B.) Nach einer Mitteilung der Brüsseler Wälder ist auf Wunsch der englischen Regierung hier eine Kundgebung abgehalten worden, die man Marshall Koch zurechnen konnte. Sie soll erst stattfinden, nachdem die Deutschen die Stadt wieder verlassen haben. Auch sonst sind alle Zielerklärungen abgelehnt worden. Die deutsche Regierung habe erklärt, daß die Delegationen nach Spa gekommen seien, um zu arbeiten.

„Das Land ist unser — unser soll es bleiben!“

Von Dr. Ernst Seraphim, Königsberg.

Der dachte heute, so die Schicksalsstunde für die deutsche Ostmark heranzieht, wo wir uns dem großen Tage des 11. Juli nähern, an dem die Abstimmung entschieden wird, ob weite Gebiete Ostpreußens, denen deutscher Fleiß und deutsche Arbeit in hundertjährigem Ringen ihren Stempel aufgedrückt haben, uns erhalten bleiben — nicht des Seherwortes Theodors Storms! Als dieser in den Stürmen der Dänemot das Land verlassen mußte, da stand er in brausender Septemberrnacht an der Küste, an der die gierige Flut vergeblich emporbrandete und von seinen Lippen rang die Gewißheit, daß seine schleswig-holsteinische Heimat eine Auf-erstehung feiern werde.

Die Ruchlosigkeit übermütiger Feinde, die auf dem Schlachtfeld uns nicht hatten bezwingen können, hat im Versailles Frieden Orgien gefeiert. Unter dem Schlagwort der Selbstbestimmung der Völker gedachte man dem zusammengebrochenen Deutschland weitere Millionen seiner deutschen Bewohner zu entreißen, sie unter das Joch der Fremdherrschaft zu zwingen. Ost- und Westpreußen, Oberschlesien sollten zusammengeschnitten, zerstückelt, deutsches Volkstum hier dem polnischen Joch ausgeliefert werden. Dort, wo der Hochmeister des Deutschen Ordens über das Land geboten hat, in der Marienburg, das deutsche Kunst und Liebe zu einem Juwel gestaltet und das der Zauber einer großen Vergangenheit umweht, sollte der Pole mit brutaler Faust regieren. Danzig sollte sarmatisch werden, wo jede Seite seiner Geschichte ein Protest dagegen war, das Ermland sollte aufdören deutsch zu sein, Mariens Wälder und Seen uns entrissen und das treudeutsch gesinnte evangelische Volk der Wasuren zu Polen gestempelt werden.

So erwarteten die Ententemächte, so jubelten die Sarmaten, die sich in Posen, Thorn und Bromberg, in Graudenz und anderen Städten, die ihnen schöne zugefallen waren, nach ihrer Art eingerichtet hatten und alle Hebel ansetzten, um auch die fruchtigen Gebiete wohnmöglich ohne Abstimmung zu erhalten.

Aber — es soll und wird nicht sein! Der Fluch polnischer Herrschaft, den unsere deutschen Brüder in Westpreußen und in Posen so erschütternd an sich erfahren mußten, die jeder Verbesserung spottende Verhöhnung der elementarsten Rechtsbegriffe, die Unterdrückung deutscher Schulen, der Raub an deutschem Nationalvermögen durch die Gleichstellung der polnischen Mari und der deutschen, die Uebergriffe gegen Deutsche, soweit sie den Polen unterstellt waren, ein Hülfhorn von Schikanen jeder Art, ein Hinwegsehen über die klarsten Sehungen des Friedens, wie sie u. a. in der Unterbindung des Eisenbahnverkehrs durch den Korridor offen zu Tage trat, sie reißen auch dem gleichgültigsten Deutschen die Michellappe vom Kopf, liehen auch die verschlafenen und in internationalen Weltbeglückungsplänen sich gefallenden Deutschen erwachen. „Seht, was die Polen in Soldau tun!“ so ging es von Mund zu Munde. Flammend erwachte der deutsche Sinn, loderte der alte Groll gegen die Polen empor.

Hunderttausende rüsteten sich zur Disfahrt, um dem Volkstum den Tribut der Treue zu entrichten; wie eine Völkerwanderung wälzt es sich von Westfalen und den Rheinlanden, von Grenzstädten und vom Dorf ostwärts, eine große stolze Einheitsfront, die uns in dieser Zeit politischen, staatlichen und sittlichen Niederbruchs den Glauben wiedergibt, daß es noch aufbauende, lebendige Kräfte in unserem armen Volke gibt. Und in diesem Zeichen wird es siegen!

Mit stolzer Freude können wir schon heute in Ostpreußen sagen, daß die Schlacht gewonnen ist, ehe sie begonnen hat. Die meisten der der Abstimmung unterliegenden Gebiete sind uns sicher, in vielen kann mit einer Mehrheit bis zu 90 Prozent gerechnet werden. Diese sind von den Polen selbst schon ausgegeben worden; zerstückelt ist an dem gefunden treuen Sinn der Ermländer und Wasuren, die sich in dem großartig organisierten Heimatsbunde, der fast 300 000 Mitglieder, Männer und Frauen, Angehörige aller politischen Parteien, evangelische Wasuren und katholische Ermländer umfaßt, die polnische Propaganda, die mit riesigen Geldmitteln und struppelosen Agenten nach dem Muster des Warschauer Superintendenten Burdack arbeitete und mit Knüppelgardisten wie mit Verbindungen mit Spartakus einzuschüchtern und ans Ziel zu kommen luden. Die katholische Gesittlichkeit ist, soweit sie von Frauenburg aus abhängt, deutsch gesinnt, soweit sie Graudenz und Pepsin untersteht, scharf polnisch. Amstritten sind einzig und allein die Distrikte Osterode, Reidenburg, Allenstein-Land und Bischofsburg, wohnin sich schon lange vor dem Kriege eine polonisierende katholische Bewegung ergossen hatte. Hier wird das Polentum Widerstand zu leisten suchen. Aber die Aussichten liegen auch hier gut. Die wirtschaftlichen Interessen binden diese Landstriche, selbst wenn sie stärker polnisch besiedelt wären als sie sind, an Ostpreußen. Wenn vollends alle abstimmungspflichtigen Deutschen, wie sicher zu erwarten ist, auch hier, gerade hier ihrer Pflicht genügen, so ist das Endresultat nicht zweifelhaft. Sie müssen sich freilich stets dessen bewußt sein: Der volle Erfolg gerade in diesen Grenzgebieten ist zudem von besonderer Bedeutung; kleinere polnische Enklaven weiter im Innern, können an dem Resultat nichts ändern. Polnische Erfolge an der Grenze aber können von den Polen bei der Entente, die ihre natürlichen Gönner sind, ausgenutzt werden und zu einer Grenzregulierung den Vorwand geben, dem die Kaufel, daß neben dem Abstimmungsergebnis auch „wirtschaftliche und geographische“ Momente mitwirken können, sowohl Vorwand leisten kann. Es heißt daher: „Alle Mann an Deck!“ Se überwältigender das Abstimmungsergebnis, um so sicherer unser Enderfolg. Der Organisation der Einreise der Abstimmungsberechtigten ist vom Schutzbunde die größte Sorgfalt gemidmet, und trotz nicht zu vermeinderlicher Mißgriffe im Einzelnen ist die Arbeit plänynd durchgeführt worden. Man muß sich vor Augen halten, was es bedeutet, mehrere hunderttausend Menschen herbeizuholen, an die richtigen Stellen zu besördern, die nötigen Ausweise anzufertigen, die Verpflegung zu organisieren, um zu erkennen, um welche Riesens-

arbeit es sich hierbei handelt. Eine besonders ernste Sorge bildet dabei die Schwierigkeit, die für die Abstimmung nach Ostpreußen kommenden, etwa 160 000, zu denen über 30 000 in Ostpreußen selbst lebende Abstimmungsplattlinge zu zählen sind, ins Land zu schaffen. Man wird dabei wohl ausschließlich auf den Seeweg rechnen müssen, da, selbst wenn die mit den Polen in Barisau f. Z. geführten Verhandlungen über den ungehinderten Verkehr durch den Korridor unter dem Druck der Entente zu scheinbar günstigem Erfolg führen sollten, immer die Möglichkeit nahe liegt, daß die Polen im letzten Augenblick unter dem Einfluß einer angeblichen „höheren Gewalt“ den Verkehr unterbinden, an dem sie kein Interesse haben, da sie das Spiel an sich verloren geben. Bei dem Seetransport müssen natürlich — denn es ist zweifelhaft, ob es möglich sein wird, mehr als 60 000 Deutsche bei der Knappheit der Tonnage über See nach Willau zu befördern, die aus den mehr bedrohten, oben genannten Bezirken Stammenden in erster Linie berücksichtigt werden.

Es entsteht nun die Frage, ob bei den so ungünstigen Aussichten der Polen, diese sich mit dem Wierholze zufrieden geben werden, oder ob sie nicht versuchen werden, durch eine Gewaltpolitik, durch einen Putsch, der dem politischen Heer den Vorwand für ein militärisches Einschreiten geben könnte, das Ergebnis der Abstimmung zu „verbessern“. Daß einzelne nationale Heißsporne sich mit solchen Absichten tragen, ist wahrscheinlich, daß eine auf etwa 1500 Mann zu schätzende Knüttelgarde, die in Banden von 30 bis 50 Mann (Bojasken) ihr Wesen treibt und daß aus Polen mit Entente-Verfeindeten Studenten, Arbeiter u. a. aus Warschau gerade in letzter Zeit täglich ins Land kommen, ist fraglos. Auch daß Fäden zwischen Polen und Spartakus gespannt werden, läßt sich wohl schwerlich bezweifeln. Vielleicht hat auch die polnische Regierung zeitweilig an solche Aktionen gedacht, der Krieg mit Sowjetrußland bindet aber z. Z. alle militärischen Kräfte Polens so sehr im Osten, daß Anschläge auf Ostpreußen kaum mehr in Betracht kommen. Gefährlich könnte nur der kurze Zeitraum werden, wo die Entente-Truppen abgezogen und die deutschen noch nicht eingetroffen sind — gefährlich auch in der Beziehung, daß die vielfach bis zum Stützpunkt erhobene Stimmung in den deutschen Kreisen sich in polenfeindlichen Kundgebungen Luft machen könnte. Solches muß aber um jeden Preis vermieden werden: geschieht den Polen irgendwo ein Leid, so kann das nur zu leicht dahin ausgebeutet werden, man sehe, daß es unmöglich sei, Polen unter deutscher Herrschaft zu belassen. In deutsch-nationaler Interesse werden die Deutschen ihrem an sich nur zu verständlichen Groll gegen die Polen Jügel anlegen müssen. Es ist zudem dafür Sorge getroffen worden, daß in den Bezirken, die deutsch bleiben, mit möglichstster Beschleunigung Reichswehrtruppen und Sicherheitswehr einrücken.

Das Ergebnis der Abstimmung dürfte in großen Zügen für Ostpreußen wohl schon am Mittwoch den 12. Juli vorliegen, im genauen wohl aber 2—3 Tage zur Feststellung bedürftig. Einsprüche kann innerhalb 10 Tagen erhoben werden. Die Entscheidung wird aber in Paris vom Obersten Rat gefällt werden. Da ist es schwer Termine zu bestimmen. In Ententeoffizierskreisen wird mit Ende August als Abzugstermin der Besatzungstruppen gerädet; über den 1. Oktober hinaus dürfte das Verbleiben derselben nicht dauern.

So sehen wir denn mit festem Vertrauen dem 11. Juli entgegen. Wir gedenken dabei der Worte, die Hindenburg in seinen herrlichen Erinnerungen nach der Lannenberg-Schlacht niederschrieb: Kolonisationsboden Deutschlands, für dessen Bestimmung seinerzeit das zerrissene Vaterland wahrlich nicht die schlechtesten Kräfte abgab. Sein wertvollster Schatz liegt in der Arbeit und der Befähigung seiner Bewohner. Ein einfaches, schlachtren denkendes Volk. Es ist mir, wie wenn Kants Lehre vom kategorischen Imperativ hier nicht nur gepredigt, sondern auch besonders erst verstanden und in die Welt der Wirklichkeit und des Schaffens übertragen worden ist. Fast alle deutschen Volkstämme haben sich hier in jahrhundertelanger schwerer Kulturarbeit zusammengeschlossen und sich dabei jenen harten Willen angeeignet, der dem Vaterland in schweren Zeiten manche unschätzbaren Dienste geleistet hat. — Seht um euch alle nicht nur das einigende goldene Band der sittlichen Menschlichkeit, sondern auch das Stahlband der gleich hohen Vaterlandspflicht!

Verstärkt dieses Stahlband immer weiter, bis es zur ehernen Mauer wird, in deren Schutz ihr leben sollt und einzig und allein leben könnt inmitten der Brandung der europäischen Welt! Glaubt nur, die Brandung wird andauern! Keine menschliche Stimme wird sie bannen. Fein menschlicher Vertrag wird sie schwächen! Wehe uns, wenn die Brandung ein Stück von dieser Mauer abgebrochen findet! Es würde zum Sturmbock der europäischen Völkermoggen gegen die noch stehende deutsche Feste werden. Ostpreußen wird seine Pflicht tun!

Die griechische Offensive.

Athina, 4. Juli. (W.B.) Jhavas. Die Offensive der griechischen Armee, die am 22. 6. begonnen hatte, und deren erster Erfolg die Befreiung der Pläne Magnesia—Albissar—Somabali—Kollbar—Panderma, die am 2. Juli durch die Vereinigung mit den von Süden kommenden in Panderma ausgeschickten Truppen gelang. Viele Operationen sind in elf Tagen anstatt der vorgesehenen 15 ausgeführt worden. Die Streitkräfte, die Mustafa Kemal in der Richtung von Smirna nach Adalar und Philadelpia und von der anderen Seite von Panderma entgegengestellt hatte, wurden vollständig vernichtet.

Athina, 4. Juli. Der griechische Heeresbericht meldet: Unsere Truppen haben am 2. Juli mit Unterstützung der griechischen und englischen Flotte Panderma am Marmarameere befreit, wo sie von der Besatzung befreit aufgenommen worden sind. Der Bomarsch ins Innere dauert fort, die Anhänger Kemals fliehen nach allen Seiten.

Smirna, 4. Juli. (W.B.) Der griechische Bericht vom 3. 7. meldet: Der Feind, der im Süden von Ball Kessar eine vernichtende Niederlage erlitten hat, wird energisch verfolgt. Einige zerstreute Abteilungen konnten nach Brussa entkommen. Die gestern in Panderma vollzogene Truppenlandung trug zu dem schnellen Erfolg bei. Die Abteilungen, die unter dem Schutze der englischen Flotte landeten, drangen gegen Süden vor und blieben bei Omar Kib, 25 Km. von Ball Kessar auf die Vorhut der türkischen Armee. Die ganze Aktion nahm 3 1/2 Tage in Anspruch.

Deutschnationale und Deutsche Volkspartei.

Im demokratischen Lager — wie bitten das sehr zu beachten! — herrscht eitel Freude, daß es anscheinend zu gewissen Unstimmigkeiten zwischen den beiden bürgerlich-nationalen Parteien kommen zu wollen scheint. Nach einem Bericht der „Kreuz-Zeitung“ sollte Staatsminister Dr. Hergt in einer Verammlung sehr scharfe Äußerungen gegen die Deutsche Volkspartei getan haben, weil diese bei der Regierungsabstimmung die Deutschnationalen vernachlässigt habe; das Tischtuch sei zerschneiden und ähnliches. Die Frankfurter Zeitung horcht bereits vergnügt auf, weil der Pressedienst der Deutschen Volkspartei sofort eine nicht minder scharfe Entgegnung vom Stapel ließ, statt sich erst einmal zu erkundigen, ob der Bericht der Kreuz-Zeitung auch wohl ganz zuverlässig sei. Das ist er nun nicht gewesen. Der Abg. Hergt hat im Reichstag in Erwiderung auf eine Bemerkung des Abg. Dr. Becker erklärt, der Bericht sei unvollständig und irreführend. Er habe lediglich gesagt, daß nach den Reichstagsreden der Vertreter des Zentrums und der Demokratischen Partei es fast den Anschein haben könnte, als ob das Verhältnis der Deutschnationalen zu ihrer Nachbarfraktion nicht mehr ganz dasselbe sei wie früher. Im übrigen halte er an dem Gedanken eines friedlichen Zusammenarbeitens mit der Deutschen Volkspartei durchaus fest. Der Pressedienst der Deutschen Volkspartei bemerkt zu diesen Feststellungen: Wir nehmen von dieser Erklärung gern Kenntnis und bedauern lebhaft, daß die „Kreuzzeitung“ einen Bericht veröffentlichte, tonnte, der die Ausführungen des Herrn Dr. Hergt in einem ganz anderen Sinne ersahnen ließ, und daß dieser Bericht in der Öffentlichkeit nicht sofort eine Korrektur erfuhr. Wenn die Deutschnationale Volkspartei das bisherige Verhältnis zur Deutschen Volkspartei weiter effizieren will, so wird uns das durchaus erwünscht sein und von unserer Seite wird nichts geschehen, das Verhältnis zu trüben. Es wäre aber, wenn das Erfolgs haben soll, durchaus angedacht, daß Abg. Dr. Hergt die gebührende Kampfstimmung etwas dämpfte, die nach den von uns mitgeteilten Proben zweifellos in gewissen Kreisen der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Deutsche Volkspartei vorhanden ist.

Wir hoffen, daß damit der Zwischenfall erledigt ist und wünschen, daß keine ähnlichen sich mehr ereignen mögen. Sollte in irgendwelchen Ortsgruppen oder Landesverbänden — hüben oder drüben — gebührende Kampfstimmung der einen Partei gegen die andere aufkommen, so müßten die Parteiführer mit aller Entschiedenheit dazwischenfahren. Denn die Vereinigung dieser beiden Parteien untereinander — etwa

unter dem „großartigen“ Gesichtspunkt, aus der Anfeindung und Herabsetzung der andern keine Parteilosigkeit oder einige Stimmen herüberziehen zu können — würde die Politik von Tollpatschen oder von Wahnsinnigen sein. Denn ohne ein freundschaftliches und vertrauensvolles Verhältnis könnte die Deutsche Volkspartei ihre bürgerlich-nationale Aufgabe in der Koalition, ihre Aufgabe der Stärkung des rechten Flügels vom Zentrum und Demokratie, nicht erfüllen — für die braucht sie den starken, einheitlichen Rückhalt der beiden Parteien, der eigenen und der deutschnationalen, ohne dieses vertrauensvolle Verhältnis würde die abwartende Neutralität der Deutschnationalen Volkspartei sich bald in ein unfruchtbares Beiseitestehen wandeln, auf ein totes Gleis geraten. Den Ruhen dieser Häfelein ohne wirklich große und grundsätzliche Zwecke und Ziele würde lediglich der demokratische und der sozialistische Radikalismus haben. Bedenkt, daß die Frankfurter Zeitung bereits aufmerkt und die Ohren spitzt!

In sachlicher Hinsicht ist noch zu bemerken, daß wir in den Organen der Deutschnationalen Volkspartei mehrfach die Klage finden, sie sei bei der Regierungsabstimmung schände sitzen gelassen worden. Das ist richtig, aber die Schuld trifft das Zentrum und die Demokratie. Die Abg. Trimborn und Schiffer waren es, die die Mitarbeit der Deutschnationalen, wie sie vollkommen den Wünschen der Deutschen Volkspartei entsprach, ablehnten, schrieb vor einigen Tagen bereits die Korrespondenz der Deutschen Volkspartei. Unter den Umständen war vor Spa gar nichts anderes zu erreichen, als die Koalitionsabstimmung aus Zentrum, Deutscher Volkspartei und Demokratie. Am nationalen Weltbild und an der politischen Disziplin der Deutschnationalen wie der Deutschen Volkspartei wird es nun liegen, auch auf diesem engen Wege durch Erhaltung des gegenseitigen vertraulichen Verhältnisses den Einfluß des bürgerlich-nationalen Elements auf die Politik des Kabinetts so stark wie möglich zu machen, während kurzfristige Parteilosigkeiten das Gewicht der Deutschen Volkspartei in der Regierung schwächen müssen. Zentrum und Demokratie müssen sich in jedem Augenblick bewußt sein, daß die Vertreter der Deutschen Volkspartei, Rückhalt nicht nur an der eigenen Partei, sondern einen bestimmten Anhalt auch an der Deutschnationalen Partei haben.

Letzte Meldungen.

Internationaler Bergarbeiterkongreß.

TBO, Bochum, 5. Juli. (Priv.-Tel.) Anfang August findet in Genj (Schweiz) ein internationaler Bergarbeiterkongreß, der erste nach Beendigung des Krieges, statt. Die Genfer Verhandlungen sind von einschneidender wirtschaftspolitischer Bedeutung. Durch sie wird eine Reihe von Fragen, die in allen Kulturländern das lebhafteste Interesse erregen, entschieden. Von den bisher vorliegenden Anträgen sind von besonderer Wichtigkeit, der von der Britischen Bergarbeiterorganisation eingebrachte Antrag auf Verstaatlichung der Gruben in allen Ländern, und der deutsche Antrag auf internationale Einführung der 6 Stundensdicht in der Bergwerkindustrie. Weitere Anträge betr. der Festsetzung von Arbeitsbedingungen in den Minen und die Frage des Minimallohnes (Frankreich), den Stand für Lohn und die Lebenshaltung der Bergarbeiter (Oesterreich) und die Schaffung eines internationalen Kohlenrats (Deutschland). Die Deutsche Bergarbeitergesellschaft wird auf dem Genfer Kongreß durch 33 Abgeordnete vertreten sein. Der Deutsche Bergarbeiterverband (Alter Verband) entsendet 19 Vertreter, der Gewerksverein Christlicher Bergarbeiter Deutschlands 10, die Polnische Berufsvereinigung 3, und der Gewerksverein Hirsch-Dunker 1 Vertreter.

Der Schmuggel an der holländischen Grenze.

Berlin, 5. Juli. (Von unv. Berl. Dra.) In einer Versammlung, die der Reichsverband deutscher Zollbeamter abhielt, machte Ministerialdirektor Dr. Falk aufsehenerregende Mitteilungen über den Schmuggel, der an der holländischen Grenze stattfindet. Tag und Nacht wird die Grenze von Tausenden von Kindern überschritten, die von holländischen Waren herüberbringen. Mit Handgranaten und Karabinern bewaffnete Banden dienen als Bedeckung der Transporte. Ministerialdirektor Dr. Falk betonte, daß die deutschen Zollbeamten diesem Treiben gegenüber nahezu machtlos sind, weil sie von der Regierung nicht genügend unterstützt werden.

Der Mann mit den sieben Masken.

Roman von Erich Duffen.

10) (Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

„Ich habe von meinem ersten Schritte an, den ich in das Schloss legte, nur an Sie gedacht.“
 „Aber Sie haben noch nicht mit einem Worte von ihr gesprochen, haben noch nicht das Verlangen geäußert, im Ahnenhaal ihr Bild zu sehen.“
 „Ich habe lernen müssen, mich zu beherrschen.“
 „Ich habe Sarika sehr geliebt, auch als sie die Gattin Ihres Vaters wurde, und dann die Unreinlichkeiten mit unserem Vater ausdachten.“
 Telesi nickte vor sich hin.
 „Ich will keine trüben Erinnerungen wachrufen, am allerwenigsten gegen Ihre toten Eltern Vorwürfe aussprechen!“ erklärte der Graf, im Salon auf und nieder gehend. „Ein eigenartiges Schicksal hat uns auseinander geführt. Noch in der Sterbestunde sprach unser Vater liebevoll von Sarika und bedauerte, daß sie nicht um ihn sein konnte.“
 „Aber sie hat es nie erfahren!“ sagte der Baron mit dem Tone leisen Vorwurfs.
 „Ich weiß es. Meine arme Schwester! Sie wissen was zwischen Ihrem Vater und mir geschehen war. Ich nehme den größeren Teil der Schuld auf mich. Nun ist er schon fünfzehn Jahre tot — Ferdinand Telesi.“
 Der Sohn faltete die Hände: „Wer mir vorausgesagt hätte, daß ich zu dieser Gedächtnisfeier hierher kam.“
 „Aber zwischen uns, lieber Telesi, ist doch nie etwas vorgefallen!“ erklärte der Graf, vor ihm stehendbleibend. „Es ist richtig, wir gingen uns aus dem Wege. Ich als der weitem Keitere hätte mich Ihnen nähern sollen. Mehr als einmal war ich dazu entschlossen. Ein falscher Stolz, eine übertriebene Empfindlichkeit hielt mich jedesmal zurück. Als die Vermögensverhältnisse Ihres Vaters so unglücklich zusammenbrachen.“
 Telesi machte eine abwehrende Handbewegung.
 „Ich erhebe keine Vorwürfe! Ich wiederhole diese Versicherung. Sehen Sie, da wollte ich mich Ihnen anbieten, obwohl meine Schwester ihr Vermögen voll und bar im voraus ausbezahlt erhalten hatte — Ihnen persönlich wollte ich gern helfen, aber ich fürchtete Ihre Ablehnung.“
 Der Baron sah schweigsam, fast knisternd vor sich hin.
 „Ich verfolgte Ihre Laufbahn mit großem Interesse von Ihren Anfängen an“ fuhr Bathony mit steigender Wärme

fort. „Wo ich Gelegenheit hatte, ließ ich mir über Sie berichten. Als Sie Hilfskonsul in Ministerium des Innern wurden, sagte ich Ihre Zukunft voraus. Fragen Sie Terza von Alisoag; sie wird es Ihnen bestätigen. Als Sie dann so schnell vorwärts kamen, habe ich mich im Innersten gefreut. Ich glaubte in Ihnen den lebhaftesten Geist meiner Schwester wiederzuerkennen. Sie wurden Ministerialrat — später — da war ich in meiner Seele stolz auf Sie — fragen Sie Terza! Als uns dann vor kurzem von gut unterrichteter Seite anvertraut wurde, daß sie der künftige österreichisch-ungarische Minister des Äußeren sein werden.“
 „O bitte — sprechen Sie davon nicht jetzt.“
 „Schauen Sie, lieber Telesi, eine innere Stimme hat mir wiederholt gesagt, es werde mir vor meinem Tode noch beschieden sein, den einzigen Sohn meiner Schwester wiederzusehen. Und ich habe mich nicht getraut. Zwanzig Jahre sind es her, daß mir uns das letztemal flüchtig auf der Margareteninsel in Budapest sahen — Sie werden sich vielleicht kaum erinnern.“
 „O doch — freilich nur dunkel.“
 „Sie sahen Ihrem Vater sehr ähnlich — aber die Augen und die Nase haben Sie von Sarika. Wir werden dann Terza fragen; sie hat für solche Dinge einen guten Blick. Nun werden Sie begreifen, welche Erregung sich meiner bemächtigte, als Sie mir dienstlich Ihre Karte bereinschickten. Ich konnte nicht ahnen, weshalb Sie kamen. Stellen Sie sich meine Enttäuschung vor, als Sie sich rein amüßlich verhielten.“
 „Wie konnte ich anders? War ich nicht der Jüngere, der Ihre Auffassung und Entschlebung abzuwarten hatte?“ erwiderte Telesi aufrichtig. „Aber wie glauben Sie wohl, daß mir gamute war, als Seine Excellenz mir den Auftrag gab, hierher zu fahren und Ihre Bibliothek zu besuchen? Nichts sollte schriftlich, alles mündlich erledigt werden. Auch mich ergriffen vorübergehend falsche Vorstellungen, die mir zu einer Ablehnung der Mission rieten, bis ich willig einen höheren Willen in ihr erkannte.“
 „Schauen Sie, das freut mich!“
 „Und mit ganzem Herzen diese Reise in mein Vaterland, zu meiner Verwundtschaft unternahm! Und wenn Ihre Augen es leider nicht verhindern, würden Sie mir meine tiefe innere Bewegung angesehen haben, als ich zuerst zu Ihnen hereintrat.“
 „Ja — sehen konnte ich Sie nicht — aber ich hörte — oh, ich habe ein sehr feines Gehör! — in Ihrer Stimme ein Citras, fast möchte ich sagen, etwas Unschönes, das Ihnen Ihr bettetes Inneres geahnen haben wird.“
 „Als Neffe mich Ihnen vorzustellen, war mir verort. Aber verwandtschaftliche Gefühle lassen sich nicht in Koffeln

schlagen. Meine Mutter hat mir immer von Ihnen Gutes erzählt.“
 Die Augen des Älteren leuchteten in mildem Glanze. „Sarika!“ sagte er leise.
 „Glauben Sie, daß es Sache eines Politikers gewesen wäre, einem ihm fremden Ubergeljan bei der ersten Begegnung in großen Zügen sein Programm zu entwirren?“ fragte der Baron mit Wärme. „Verstehen Sie nun, wie mein politisches Bekenntnis zugleich die freudige Anerkennung unserer verwandtschaftlichen Beziehungen war?“
 Der Graf ergriff die Hand des Jüngeren und drückte sie lebhaft. „Ja, Sie haben recht, Bela Telesi, das Herz sprach aus Ihnen!“ sagte er gerührt. „Jetzt verstehen wir uns ganz!“
 „Nun noch an der Hand haltend, fuhr er fort: „Und nun lassen Sie es der Worte genug sein. Lassen Sie uns zu Terza gehen. Feierlich heiße ich Sie an dieser Stätte, wo Sarika aufblühte, als meinen lieben Neffen willkommen und schliche Dich herzlichst in meine Arme.“
 Der alte Herr umarmte den Jüngeren.
 „Lieber Onkel, wie göttlich Sie sind.“
 „Du sollst mich duzen, lieber Bela — zwischen uns gibt es kein „Sie“ mehr.“
 „Meine Mutter sollte Dich reden hören!“
 „Sie hört mich!“ flüsterte der Graf ganz ernsthaft. „Glaube mir, sie hat uns gehört!“
 Der Onkel nahm den Neffen erneut bei der Hand und führte ihn in das Boudoir, dessen Türe angelehnt geblieben war.
 „Terza, hier bringe ich Dir einen Vanguemisten“, rief der alte Herr lebhaft, „von dem ich Dir, wie Du bestätigst, oft erzählt habe.“
 Bela küßte die Hand, die ihm Frau von Alisoag in freudiger Erregung reichte.
 Sie hatte in atemloser Spannung in ihrem Zimmer gesessen und die Aussprache der Herren abgewartet.
 „Ja, Herr Baron, das darf ich der Wahrheit gemäß bekennen!“ versicherte sie. „Der Graf hat Ihrer oft und gern gedacht. Es gab, besonders in der letzten Zeit, Abende, wo er immer wieder auf Sie zurückkam.“
 Dabei sah die Blondine dem wiedergewonnenen Neffen ihres Freundes leikom in die Augen.
 „Aber mein Inneres“, erklärte Bela mit Gebständigkeit, „sich dazu Stimme, seinem geheimen, mir unhörbaren Rufe zu folgen.“
 Das Ereignis sollte selbstverständlich referiert werden. Der Diener brachte neue Gläser und schenkte ein.
 (Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Protestversammlung.

Der Verband der mittleren Reichspost- und Telegraphenbeamten hielt gestern nachmittags im großen Saale des Ballhauses eine Versammlung ab, in der gegen die in der Personal- und Beförderungsreform vorgesehenen Einstufungen der mittleren Postbeamten protestiert wurde. Die unter Leitung des Postsekretärs Wald stehende Versammlung hörte zunächst ein Referat des Postsekretärs Gromer, der das Verhalten der Regierung einer Kritik unterzog, die es abgelehnt habe, mit den Vertretern der Postbeamten zu verhandeln. Der Redner wies darauf hin, daß die Postbeamten immer gegenüber den Beamten anderer Verwaltungen benachteiligt gewesen wären, daß diese Ungleichheit schon immer zu Mißstimmungen unter ihnen geführt hätte u. daß man nunmehr erachtet hätte, daß die Leistungen der Postbeamten während und vor allem ihre treue Pflichterfüllung nach dem Kriege nicht nur durch Worte, sondern auch durch die Tat anerkannt würden. Statt dessen sehe man abermals die Zurückstellung gegenüber den Beamten anderer Verwaltungen. Man differenziere sie ganz gegen den Willen der Postbeamten selbst in Militär- und Zivilanwärter, man reihe z. B. die Postboten so ein, daß sie sich bei der neuen Gehaltsregelung schlechter stünden als Leiharbeiter, man stupe die technischen Beamten ohne jede Rücksicht auf ihre Arbeit ein. Man müde den Militärbeamten zu zehn Jahre zu warten, bis sie wieder erreicht hätten, was sie gegenwärtig haben. Man unterscheide nicht zwischen den Leitern sehr großer und kleiner Postämter usw. Protestiert wurde auch gegen die Art des Vorgehens der Behörde, eine Sonderstellung für die Postbeamten gegenüber den anderen Beamten nicht zu und die Tätigkeit der Postbeamten wäre für den Staat mindestens so lebenswichtig wie die der Lehrer. Das Verlangen der Lehrer nach Berechtigung zum Besuch der Universitäten ließe schließlich auf die Einstufung in höhere Gehaltsklassen hinaus. Der Referent wandte sich weiter dagegen, daß man den Postbeamten das Defizit der Post vorwerfe. Sie seien ja bislang durchaus nicht der Leistung entsprechend bezahlt worden. Bis eine Teuerungszulage gekommen wäre, sei sie durch weitere Steigerung der Preise schon wieder illusorisch gewesen. Der Reichspostminister hätte eben früher schon an eine Erhöhung der Gehälter herankommen müssen und nicht jetzt, da die Zeit der Hochkonjunktur vorbei sei. Nachstehende Entscheidung wurde einstimmig angenommen:

Die heute in Mannheim versammelten mittleren Post- und Telegraphenbeamten aller Gruppen lehnen die ihnen durch die Personal- und Beförderungsreform ersahrene Ungerechtigkeit und Herabwürdigung eipheilig und entrüstet ab, da diese Reform der mittleren Post- und Telegraphenbeamten in beamtenrechtlicher, sozialer und wirtschaftlicher Beziehung nicht die seit langen Jahren angestrebte Hebung und Sicherung ihres Standes gebracht haben, auf welche sie nach harter und Frachbildung sowie nach ihrer Diensttätigkeit Anspruch erheben kann und heute wiederum in aller Öffentlichkeit nachdrücklich erhebt. Die Versammelten fordern einstimmig:

1. Anstellung der Beamten mit erster Fachprüfung als Sekretäre in Klasse 7.
2. Die nach Punkt 1 in Klasse 7 einzureichenden Beamten sind nach 12 Dienstjahren in diese Klasse als Obersekretäre in Klasse 8 zu überführen.
3. Reiflose Ueberführung der Sekretäre nach bestandener zweiter Fachprüfung als Betriebsinspektoren in Klasse 8.
4. Die jetzigen Obersekretäre sowie die unter 3 genannten Sekretäre sind fünf Jahre nach bestandener zweiter Fachprüfung als Postinspektoren, Amtmänner usw. in Klasse 9 zu überführen.
5. Diejenigen Obersekretäre, die im Bezirks- und Ortsaufsichtsdienst beschäftigt sind, sind als Oberinspektoren, bzw. als Postinspektoren in Klasse 10 einzureihen.
6. Die technischen Beamten sind den früheren Post- und Telegraphenassistenten gleichzustellen.

Die Versammelten erklären, daß die Nichterfüllung dieser berechtigten Forderungen zu Folgen für unser gesamtes Wirtschaftsleben führen müßten, die im Interesse unseres Volkes und Vaterlandes von niemandem mehr als von ihnen selber beklagt würden. In diesem ihnen aufgezwungenen Kampfe um ihre soziale und wirtschaftliche Stellung halten es die Versammelten für ihre Pflicht, dem Volksganzen gegenüber, die breite Öffentlichkeit und die maßgebenden Stellen auf den Ernst der Lage hinzuweisen.

Der Anschub der Verbraucher in Mannheim

Das, so wird uns geschrieben, in der letzten Zeit nicht selbständig auf, aber er beteiligt sich an der Kundgebung betr. der Milchnot und am Boregen des Hausfrauenbundes gegen die übermäßigen Preise für die Milch und das Beerenobst. In seiner letzten Sitzung am 30. Juni fanden sehr wichtige Punkte auf der Tagesordnung. Frau Photograph Hubert, die Leiterin der Milchnot-Kundgebung, berichtete über die Abordnung beim Lebensmittelamt und beim Ministerium des Innern in Sachen der Milchversorgung. Bei der Protestversammlung im Museum handelte es sich im wesentlichen darum, eine reichhaltigere Erziehung und pädagogische Behandlung der Milch draußen auf dem Lande zu erreichen und in der Verteilung der Lieferungsbezirke eine Veränderung anzubahnen durch allmähliche Rückkehr zu den früheren, durch die natürliche Lage Mannheims gegebenen landlichen Bezirken. Ist ja doch die Lage, in der Kriegszeit geschaffene Einteilung der Bezirke nicht

Häusliche Lektüre.

Von Univ.-Oberbibliothekar Dr. Chr. Rupprecht.
 Zu dem verhältnismäßig doch recht wenigen, was uns nicht durch irgendwelche äußere Einwirkungen gestört, bereitet, ja ungestört gemacht werden kann, gehört die Lektüre, das Lesen guter Lektüre oder unterhaltender Bücher. Lesen können wir zu jeder Tages- oder Nachtzeit, wenn wir eine freie Stunde haben, ohne jede umständliche oder lästige Vorbereitung oder Genehmigung, ungestört oder unkontrolliert von jedermann, in der einfachen Kammer so gut wie im Salon oder auch auf der Wiege und im Walde. — Dieses Lesen ist für den Gebildeten unentbehrlich, fast so notwendig wie das tägliche Brot zum Leben. Da es sich dabei nicht bloß um rein menschliche Freuden und edelsten geistigen Genuss, sondern auch um die so nötige Erhaltung und Fortbildung unserer allgemeinen und beruflichen Kenntnisse handelt, sollte die Anregung und Gelegenheit hierzu im Anschluß an die Volk- und Fortbildungsschule wie die höheren Schulen möglichst überall vom Staat und besonders von der Gemeinde geschaffen werden, wo eine solche noch immer nicht besteht. Denn, wenn auch jeder nach seinen Verhältnissen mehr oder weniger, jedenfalls einige Bücher lesen eigen nennen können sollte, besitzen oder kaufen kann, braucht und soll keiner alles, was er gerne einmal liest.

Was sollen wir lesen? Das mag und muß sich schließlich jeder selbst bestimmen, obgleich nur zu empfehlen ist, und auch in dieser Angelegenheit, wie überall, wo wir nicht selbst erfahren genug sind, von dem Kundigen, zu dem wir Vertrauen haben, und aus geschriebenen oder gebundenen Lektürelisten und Katalogen uns Rat, Auffklärung oder Anleitung holen zu lassen. Wenn es schon in unserem eigenen wohlüberlegten Interesse liegt, daß wir auch, wie für unsere körperliche Ernährung, nur gesunde, kräftige, nicht schwächliche oder gar schädliche geistige Kost zu uns nehmen, so bleibt immer noch die Hauptfrage, welche Schrift unter den jeweils überhaupt vorhandenen über einen gewissen Gegenstand für unsere besonderen Zwecke am geeignetsten erscheint. Und das ist bei der oft unübersichtlichen Masse von kleinen oder umfangreichen, schmählicher oder vollkümlicher gehaltenen Darstellungen doch nicht immer so leicht herauszufinden, wenn einer nicht die Literatur fortwährend verfolgt und genau kennt. Jedemfalls sollte jeder, der vorwärtsstrebt und nicht aus zurückbleiben will, auch in dieser Sache etwas Selbsttätigkeit üben, denn es ist nicht frei sein will. Für die Jugend, die noch nicht die nötige Reife hat, muß durch die Weltkenntnis gefördert werden, weil unrichtige Lektüre gerade da noch viel schlimmer wirkt, als wenn gar nichts gelesen wird.

Das alles gilt auch für die Frage wie wir lesen sollen, die im übrigen mehr von selbst beantwortet und verzieht. Es muß

für die Ewigkeit. Der Befehl der Zwangswirtschaft bezüglich der Milch hat niemand, auch nicht die Milchhändler, das Wort geredet. Es muß also hier öffentlich als unrichtig bezeichnet werden, wenn dem Herrn Reichspostminister Walli im Ministerium erklärt wurde, es sei freie Wirtschaft verordnet worden.

Der zweite wichtige Punkt war der gegenwärtige Stand der Zwangswirtschaft. Dem kühnen Drängen der Erzeuger, von dem sich ganz unbegrifflicher Weise — veral. die Preise für die Milch — auch weite Kreise der Verbraucher einnehmen ließen, muß die Regierung nachgedrungen nachgeben, zumal sie auch gar nicht mehr die nötige Autorität hat, ihren Maßnahmen Nachdruck zu verleihen. Die öffentliche Bewirtschaftung bleibt nur noch für Brotgetreide, Gerste und Hafer, für Milch und Butter, Zucker und sämtliche Brennstoffe; im übrigen wird sie fallen. Der Anschub sieht sich daher genötigt, obwohl er stets mit Entschiedenheit für die Zwangswirtschaft eingetreten ist, den veränderten Verhältnissen Rechnung zu tragen und darnach seine Forderungen zu richten. Unverkennbar dankenswert war es, daß Herr Amtsrat Dr. Hofmann auch an der Sitzung teilnahm und seine Anschauungen über die Forderungen des Augenblicks darlegte, die in den weitesten Kreisen beachtet werden sollten. Es sei unbedingt notwendig, die Vereinigungen der Erzeuger, Händler und Verbraucher zusammenzuführen, um sich gegenseitig zu verständigen und auch über einen annehmbaren Preis sich zu einigen. Alleits müsse man sich nähigen; wieder Bernunft wollen lassen; wenn die'er Weg nicht gefunden werde, müsse es zu sehr bedenklichen Erscheinungen kommen, wie dies an vielen Orten der Fall sei. Es wurde denn auf seinen Rat hin der Beschluß gefaßt, so bald wie möglich eine Vertreterversammlung der erwähnten Vereinigungen einzuberufen und auch die Regierung dazu einzuladen.

Die Hauptversammlung mit Rechnungsablegung und den Bohlen wurde auf das Sommerfest verlegt. Die angeschlossenen Vereine werden ersucht, in Anbetracht der Leuerungsverhältnisse den Beitrag für das laufende Jahr verdoppeln zu wollen. Mehr als je ist es jetzt, wo es sich um die gesamte neue Ernte handelt, für die Verbraucher auf dem Wege zu sein und sich einem einheitlichen Willen zu fügen. Die heilsame Frucht des Kirchengesangs ist jetzt in der Tat nach allen Seiten hin ein ernstes Benehmen geworden, daß es unerschrocken so weit gehen kann. Möge das Benehmen der Postbeamten in Reich und Stadt keine Wirkung nicht verfehlen!

* Zum Lohnzahlung für Einkommensteuer. Die „Korrespondenz“ berichtet: Am Ende Baden ist die mit dem 25. Juni in Kraft getretene Vorschrift des § 45 des Reichseinkommensteuer-Gesetzes über den abmindernden Lohnabzug im allgemeinen reibungslos durchgeführt worden. Die Arbeiterschaft, bei der sich anfänglich eine gewisse Bewegung gegen den Vollzug dieser Vorschrift geltend gemacht hatte, hatte sich mit wenigen Ausnahmen den in den Lohnzetteln und sonst in der Öffentlichkeit verbreiteten Belehrungen über das Wesen und die Gründe dieser Maßnahme und dem Anspruch ihrer besonnenen und einsichtigen Führer unendlich ergeben und sich von der Notwendigkeit der Befolgung dieser nicht zuletzt auch in ihrem eigenen Interesse erlassenen Gesetzesbestimmungen überzeugt. Auch denjenigen, die sich nicht zu dieser Ueberzeugung durchdrungen haben, kann nur dringend geraten werden, sich der gesetzlichen Vorschrift zu fügen und ihrer Durchführung keinen gewaltsamen Widerstand entgegenzusetzen. Die Reichsregierung besteht — abgesehen von den Erleichterungen für besondere Fälle, die noch erwogen werden — auf dem Vollzug der Gesetzesbestimmung und wird gegebenenfalls die ihr zur Verfügung stehenden Zwangsmittel anwenden. In dieser Hinsicht wird insbesondere darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 50 des Reichseinkommensteuergesetzes der Arbeitgeber dem Besizer für die Einbehaltung und Entrichtung der abzumehrenden Beträge neben dem Arbeitnehmer als Gesamtschuldner haftet und daß er sich außerdem der Bestrafung nach den Bestimmungen der Reichs-Abgabenordnung aussetzt.

* Einreise in das ost- und westpreussische Abstammungsgebiet. Nach telegraphischer Mitteilung des Reichsministers des Innern fordert die polnische Regierung von Abstammungsberechtigten bei Benützung der Abklimmungsvereinfachung zur Fahrt durch den polnischen Korridor nach Ost- und Westpreußen neben dem von der zuständigen Kommission auszusenden Abklimmungsausweis Personalanschein mit Lichtbild. Die darnach unter Vorlegung des Abstammungsausweises beantragten Personalanschein werden mit unilächlicher Befehlsmäßigkeit gebührenfrei und kostenlos mit einmonatlicher Geltungsdauer ausgestellt. Bei Benützung von Abklimmungs Vereinen durch den polnischen Korridor ist Ost- und westpreussische Abstammung erforderlich.

* Wiedereröffnung der öffentlichen Schulprüfungen? Wie wir erfahren, sollen am Ende dieses Schuljahres an den höheren Lehranstalten wieder öffentliche Schulprüfungen abgehalten werden. Hierzu schreibt man uns aus Bekehrten: Da die Gründe, die im Jahre 1919 dazu führten, diese Prüfungen nicht stattfinden zu lassen, unverändert weiterbestehen, so ist nicht einzusehen, warum das Unterrichtsministerium diesen allen Parademarsch wieder aufleben lassen will.

* Einführung der obligatorischen Familienversicherung. Die Bad. Gesellschaft für soziale Hygiene hat an den badischen Landtag eine Billigkeit gerichtet, welche die Einführung der obligatorischen Familienversicherung anstrebt.

* Winterbedarf für Beamten und Lehrer. Wie der „Karlsruher Zeitung“ mitgeteilt wird, können die Beamten und diejenigen Lehrer, die ihre ständigen Bezüge aus der badischen Staatskasse erhalten, ferner die verordnungsmäßigen Bediensteten und die ständigen

eben so gelesen werden, daß wir dabei möglichst zu dem vollen Genuß und Nutzen kommen — also im allgemeinen wenigstens genau, unter Umständen wiederholt, um alles wirklich zu erfassen und behalten. Was nun unklar oder unbekannt ist, müssen wir uns erklären lassen, in Nachschlagewerken, Atlanten, Literaturgeschichten, Fremdwörterbüchern nachsehen. Bei literarischen Werken ist nicht bloß auf den Inhalt, sondern auch auf die Form, die Sprache zu achten. Doch beim Zusammenlesen mit anderen, in der Familie auch die Rollen unter Umständen verteilt werden können, ist bekannt. Eine gewisse Sammlung ist bei der Lektüre selbstverständlich, bei Besuche eines Museums oder beim Anhören eines Musikstückes.

Aus dem Mannheimer Kunstleben.

*) Konzert mit Max Lieberow. Das Institut für Höheres Musikspiel brachte sich mit einem Klavierkonzert Max Lieberows, Lehrer an der hiesigen Musikschule in Würzburg, in empfehlende Erinnerung. Der junge Künstler ist Schüler der Münchener Schule und zwar des bekannten Prof. Schmidt-Winkel aus München. Die Vortragsfolge führte von Mozart über Schubert, Schumann, Brahms, Chopin zu dem Amerikaner Max Dornel, dem französischen Impressionisten Debussy und schließlich zum Meister aller Klaviermeister, Franz Liszt. Die Durchführung dieser Aufgaben verriet, soweit ich dem Konzert anwohnen konnte, einen reichlich auf der Höhe stehenden, soliden Künstler, der klar und geschmackvoll zu gestalten weiß. Mozarts 4. Klavierkonzert wurde, wie mir berichtet wird, etwas überaus gut, aber überaus klar geäußert interpretiert, und Schumanns Papillon schien etwas überhöht. Bezüglich des anderen Großkonzerts, dessen Es dur-Konzerte und Es dur-Konzerte Op. 39 wirklich nachgerade schienen. Auch Chopins Es dur-Konzerte, die zwei tonmalreichste sehr interessanten Stücke Dornels, sowie Debussy und Liszt werden in stimmungsvoller Weise und vornehmem Anschauungsgehalt gegeben. Dem lebhaften Beifall entsprach der Künstler mit einer Zugabe.

*) Anna Oetner vom Nationaltheater vermittelte sich morgen mit dem Operntanzmeister Herrn Dr. jur. Alfred Wolf. Die Künstlerin bleibt dem Nationaltheater jedoch auch weiterhin verpflichtet.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

*) Hartung Leiter des Darmstädter Landestheaters. Oberregisseur Gustav Hartung, der bereits vor einiger Zeit mit einer Prüfung der Darmstädter Theaterverhältnisse betraut worden war, soll nunmehr einen offiziellen Ruf als Intendant an die dortige

Arbeiter unter bestimmten Voraussetzungen in gleicher Weise wie im vorjährigen Jahre zur Beschaffung von Borden an Heilpflanzen, Kartoffeln, Gemüse und Obst auch für den Winter 1920/21 auf Ansuchen der Reichsregierung erhalten.

* Die Obstverwertungsgesellschaft. Aus informierten Kreisen wird uns geschrieben: Bei den Erörterungen über die Frage der Obstpreise spielt der Name „Obstverwertungsgesellschaft“ eine große Rolle. Die Beute, durch die hohen Obstpreise vergrößert, müssen aber meist nicht, wie hinter der Obstverwertungsgesellschaft verbirgt. Es trägt zur Klarstellung bei, wenn die Öffentlichkeit über folgendes unterrichtet wird: Im Mai 1919 haben auf Anregung der Landwirtschaftskammer die, der Badische Bauernverein Freiburg und der Genossenschaftsverband Karlsruhe, einen Gesellschaftsvertrag verabredet wegen der gemeinsamen Erhaltung des Obstes. Die Geschäftsführung wurde der Obstverwertung der Landwirtschaftskammer, die vom Kriege her noch eingerichtet war, übertragen. Die Kammer hat dieses Geschäft im Jahre 1919 allein und selbständig, unter Einfluß von den beiden anderen Gesellschaften, geführt. Dieser Gesellschaftsvertrag ist Ende 1919 noch nicht zu Ende gegangen. Eine Fortsetzung des Vertrages ist von den badischen Verbänden ausdrücklich abgelehnt worden, jedoch zu Beginn des diesjährigen Obstgeschäftes die Obstverwertungsgesellschaft von der Landwirtschaftskammer allein gebildet wurde. Anniemelt jetzt durch Anzutreten von Obstbauvereinen ein „Gesellschaftsverhältnis“ besteht, das die Landwirtschaftskammer berechtigt, die alte Firma fortzuführen, steht dahin.

* Billiger Milch. Das Vorgehen der Reichlicher Bauernvereine findet erfreulicherweise immer mehr Zustimmung. In Mannheim haben die Milchabnehmer Reichlicher Reichsaue wurde vom Bürgermeisteramt der Stadt Kollmilch auf 1.20 R. festgesetzt.

* Gewinnlose Lotterie. Der Bundesgruppe Baden des Allbundes für die Elb-Bohrer im Reiche wurde die Erlaubnis zur Abhaltung einer 2. Geldlotterie mit 70 000 Losen und 40 000 Mark Gewinnen erteilt.

* Todesfall. Nach kurzem schweren Leiden starb in Rehl im Alter von 76 Jahren Rektor a. D. Sieinhardt. Der Verstorbene, der aus Rohrbach bei Sieinheim kam, hat 54 Jahre seines Lebens im badischen Schuldienste zugebracht, darunter 27 Jahre in Rehl. Am 1. Oktober vorigen Jahres trat er in den Ruhestand.

Polymerbericht vom 5. Juli (Schluß).

Unfälle. Am 3. d. Mis. wurde ein lediger Kupferhändler von Sandhofen im Geschäft eines Fabrikarbeiters dabei durch eine epidiolierende Karbidlampe im Gesicht erheblich verbrannt und mußte mit dem Sanitätsautomobil in das Mannheimer Krankenhaus überführt werden. — Ein 15 Jahre alter Schlofferlehrling von hier fiel am 3. ds. Mis. am Rehrbama mit einem gefüllten Leerteller zu Boden und erlitt durch den ihm in das Gesicht stehenden Leer erhebliche Verletzungen, welche seine Aufnahme in das Mannheimer Krankenhaus erforderlich machten. — Am 4. ds. Mis. ein 22 Jahre alter lediger Kaufmann mit einem Handkarren die Breitenstraße bei T und U 1 überqueren wollte, stieß er mit einem von der Redarbrücke herkommenden Zug der Oberbadischen Eisenbahngesellschaft zusammen und wurde samt seinem Handwagen auf den Gehweg vor J. 1. 7 geschleudert. Glücklicherweise kam er ohne Verletzungen davon, er wird sich jedoch wegen Gefährdung eines Bahntransports zu verantworten haben.

Sieben Körperverletzungen — verübt im Hause Krappmühlstraße 27 durch Siegen mittels Messers, vor dem Hause H. 6. 1, im Hause Effenstraße 5, vor dem Hause Jungbuschstraße 33, im Hause S. 6. 33, auf dem Platanen vor P. 4. 12 und im Hause Lindenhofstraße 9 — gelangen zur Anzeige. Wegen Preistreiterei begann Preiswucherer wurde zur Anzeige gebracht ein 49 Jahre alter Metzgermeister, weil er das Pfund Cornedbeef für 20 Mark verkauft hat, obwohl der Verkaufspreis höchstens auf 12 Mark für das Pfund festgesetzt war. Außerdem geschah der Verkauf ohne Fleischmarken. Verhaftet wurden 14 Personen wegen verschiedener strafbarer Handlungen, darunter 6 wegen Diebstahls.

Vereinsnachrichten.

G. Böhm Lehrjahrgang der Gewerbeschule. Der letzte Sonntag war für die Jüglinge dieses gemeinnützigen Vereines ein köstlicher Conntag. Weiter und Wanderung erzeuften die zwei Gemeindeführer, die die Führung übernommen und ihre Schützlinge, die teilweise noch gar keine größere Gebirgswanderung mitgemacht hatten. Frühfahrt nach Weinheim, Marsch unter der jetzt üblichen Musikbegleitung über Windeck, Wachenburg, Buchlingen, Börsbach nach Oberstelsbach. Der Anbruch dort in der „Rohle“ in Gegenwart des ersten Gemeindeführers und „Wohltäters“, des Architekt Karz und zweier weiterer Vorstandsmitglieder befruchtete alle Teilnehmer sehr. Unter Streich- und Zupfmusik und Spielen im Grasgarten verfloßen die schönen Stunden nur allzu rasch. In mehreren Ansprachen des Herrn Karz und des Hauptlehrers a. D. H. Böhm suchte man die Jüglinge zu gewinnen für das Erstreben reiner Freuden in der Natur auf Sonntagswanderungen, für das Weiden schädlicher Genüsse, für freudige Arbeitsleistung, für das Festhalten an Gott und Vaterland. Auf dem Rückweg über Buchlingen—Gargheim (Führer: Herr Böhm) gab es für diesen und Herrn Karz Gelegenheiten zu allerlei Mitteilungen über die erschauten Landschaften, über Naturschönheiten, über interessante alte Bauten usw. In fröhlicher Stimmung der dankbaren Jüglinge erfolgte am Abend die Heimfahrt.

Bühne, das frühere Hoftheater, erhalten haben. Die Wiederaufbau wird uns als glaubwürdig berichtet, obwohl noch keine amtliche Bestätigung vorliegt. Der Hartung, den das Frankfurter Schauspielhaus nur sehr ungern verlieren würde, wird in Darmstadt die Nachfolge von Dr. Krieger antreten, der bisher durch ein Triumvirat des geschäftlichen Leiters Dr. Weber, des Schauspieldirektors Boehr und des Generalmusikdirektors Walling vorübergehend vertreten wurde.

*) Zur Bildung von Studentenschaften. Der Entwurf einer Verordnung über die Bildung von Studentenschaften an Universitäten und Lehrhöfen Hochschulen ist, nachdem die öffentliche Erörterung zu einer gewissen Klärung geführt hat, im Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung endgültig fertiggestellt und geht nunmehr zur weiteren Prüfung an das preussische Staatsministerium. In greifbarer Näherung einiger gewichtiger Einwände der deutschen allgemeinen Studentenschaft bezüglich der Minister darauf, den Studentenschaften von sich aus die Vorschriften zu bestimmen. An die Stelle des vormaligen Reichsverbandes soll ein Reichsverband treten. Auch in der Frage, in welchem Umfang Ausländer der Zutritt zu den Studentenschaften und ihren Einrichtungen gestattet werden soll, konnte eine Klarung gefunden werden, die zeigt, wie weit das dem Ministerium auf die Studentenschaft gelehrte Vertrauen geht. Damit ist eine wichtige studentische Selbstverwaltung geschaffen.

*) Ein Institut für Einwirkungslehre. Zur Gründung eines Instituts zur Erforschung der Einwirkungsstoffe an der Universität Heidelberg hat Herr Fritz Behringer in Bielefeld die Summe von 500 000 R. zur Verfügung gestellt. Das neue Forschungsinstitut ist zunächst an das physiologische Institut angeschlossen worden. Nach dem Wunsch des Stifters ist die Leitung dem Geheimrat Prof. Dr. Kossel übertragen worden, von dem die Anregung zu der Gründung ausgegangen ist.

Kleine Mitteilungen.

*) Ein Fund auf dem Heiligenberg bei Heidelberg. Bei Baggerarbeiten auf dem Heiligenberg wurde ein Sarkophag in der Nähe aufgefunden, auf dem zu lesen ist, daß er zu einer Kapelle gehörte, die von den Römern in der Zeit, da sie in unserer Gegend anständig waren, auf dem Heiligenberg zu Ehren ihres Gottes Mercurius Umbrius errichtet worden ist. Einige Reliquien sind früher schon mehrfach gefunden worden. Die Kapelle wird in den ersten Jahrhunderten nach Christi Geburt entstanden sein, denn im 3. Jahrhundert wurden die Römer von den Germanen vertrieben. Vorher ist der Heiligenberg vermutlich eine Kultstätte der Germanen gewesen. Als die Mönche des 764 gegründeten Klosters Borsch ihren Fuß in ihrer Umgegend gefaßt hatten, ließen sie auf dem Heiligenberg anstelle des wohl inzwischen verfallenen Mercurtempels eine dem heiligen Michael geweihte Kirche und ein Kloster errichten, deren gewaltige Ruinen noch heute auf dem Gipfel des Berges stehen.

Handelsblatt des Mannheimer General-Anzeiger

Börsenrückblick auf das 1. Halbjahr 1920.

Das Bild der Börse im eben vollendeten 1. Halbjahr 1920 ist ein charakteristisches Spiegelbild von all den Wandlungen in der wirtschaftlichen Entwicklung dieser Zeit, die wieder nicht zu trennen ist von den Wandlungen der deutschen Valuta. Wir verweisen zunächst darauf, wie die Zeit der „Los von der Mark“-Bewegung und der dadurch ausgelassenen Warenhaus im letzten Vierteljahr des Vorjahres sich in das neue Jahr fortsetzte. Die Börsenaufträge bei Banken und Bankfirmen häuften sich infolge der wilden Spekulationen von Woche zu Woche. Die sog. Börsenfeiertage brachten dagegen fast keine Abhilfe. Das Jagen der Schieber und Spekulanten fand in weitesten Volkskreisen Nachahmung. Ehrliche Menschen waren der Gefahr ausgesetzt, wegen ihrer „Dummheit“ belächelt zu werden. Moral und Vaterlandsliebe gab es nicht mehr, die Tendenz war auf den Zusammenbruch der Papiermark eingestellt. Festgehalten werden muß, daß der Höhepunkt dieses Treibens auf den 27. Januar 1920 fiel. Dieser Tag sah den Tiefstand der deutschen Mark mit weniger als 4% des Paristandes, 100 holländische Gulden kosteten ca. 2000 M. Unter schweren Zuckungen besserte sich dann im Februar die Valuta langsam, ein Vorgang, der für manche Börsenspieler heillosen Schrecken bedeutete. Im März kam dann die eigentliche Wendung. Wenige Tage schon vor dem Kapp-Putsch erfolgte der Szenenwechsel. Mit der Mark ging es aufwärts, mit den Spekulationspapieren aber abwärts. Damit wurde das Geschäft immer ruhiger und stiller. Im Juni zum Teil wohl auch infolge der Wahlen und der Regierungskrise, hat es sozus. ganz aufgehört; man konnte von einer Friedhofsstille an der Börse sprechen.

Inwieweit Spa und die damit zusammenhängenden Hoffnungen auf das Gelingen des deutschen Wiederaufbaus die Börse neu beleben, wird die Zukunft zeigen. Es besteht die Möglichkeit, daß somit die Börse im 2. Halbjahr wieder in einem anderen Zeichen stehen kann als am Schlusse des ersten. Aus diesem Grunde steht diese rückblickende Betrachtung vielleicht am Besten einer neuen Epoche.

Die im abgelaufenen Halbjahre erfolgten Kurschwankungen sind daher gewaltig. Heute haben sich die Kurse wieder zurückgebaut durchschnittlich auf den Stand vom November vergangenen Jahres. Die Gegenentwicklung zu den Wertpapierkursen ergibt sich für die Gestaltung der Valuta: Heute sind wir durchschnittlich auf einem Stand angelangt, der sich um den achten Teil der Friedensparität bewegt. So z. B. kosteten 100 holl. Gulden am 30. Juni 1360 M., 100 Schweizer Franken 697 M. Auch für die weitere Valutawicklung wird die Konferenz in Spa von besonderer Bedeutung sein.

Der Ausbau des Oberrheins für Schifffahrt und Elektrizitätsversorgung.

Konstanz, 3. Juli. Der Rheinschiffahrtsverband Konstanz hielt dortselbst seine Jahres-Arbeitsausschusssitzung ab, die gut besucht war. Kommerzienrat Strohmeyer gab zunächst einen Überblick über die aktuellen Rheinschiffahrtsfragen. Er betonte, daß das Verhältnis zu den schweizerischen Schiffahrtsverbänden nach wie vor freundschaftlich sei. Der Friedensvertrag habe der Schweiz Sitz und Stimme in der Rheinkommission gebracht. Man hoffe, die freie Schifffahrt auf dem Oberrhein erhalten und die Gefahr des Wasserabzugs durch französische Kanalpläne verhindern zu können.

Zur Frage des Ausbaus der Wasserkraft des Oberrheins wurde von ihm auf die Verschiebung des Schwerepunkts zu Gunsten der Neckarkanalisation hingewiesen. Auf der Rheinstraße Basel-Konstanz sei aber am allergeringsten elektrische Energie zu gewinnen. Der diesbezügliche Wettbewerb werde demnächst Früchte zeitigen. Der badische Arbeitsminister Rückert betonte, daß die Regierung auf dem Standpunkt stehe, das eine zu tun (nämlich die Neckarkanalisation) und das andere (den Ausbau des Oberrheins für Schifffahrt und Elektrizitätsgewinnung) aber nicht zu lassen.

Handelskammersyndikus Braun sprach über Schifffahrtsverhältnisse am Oberrhein nach dem Friedensvertrag. Er erstattete einen Rückblick über das Entstehen, das Werden und die Vorteile des Projektes, über die harmonische Zusammenarbeit mit der Schweiz, aber auch über die hemmenden Kräfte. Heute bietet die größten Hemmnisse der „Friedens“-Vertrag mit seinen vielen Hindernissen, vor allem dem § 35. Dausch ist Frankreich allein berechtigt, auf der großen Strecke Straßburg-Basel zu bestimmen. Er hofft, daß die Schweiz, Holland und England die Sonderinteressen Frankreichs nicht begünstigen.

Börsenberichte.

Frankfurter Wertpapierbörse.

Frankfurt, 5. Juli. (Draht.) Die feste Haltung der vergangenen Geschäftstage übertrug sich auch auf den Verkehr der neuen Woche. Der Markt trug auf den meisten Gebieten einen lebhaften Charakter, und einzelne Gruppen, wie verschiedene Montanwerte und Petroleumaktien, in denen sich ein reges Geschäft entwickelte, erzielten namhafte Kurssteigerungen. Sehr fest zeigten sich Phönix-Beraba, Harpener, Mannesmann und Gelsenkirchener. Eine Preissteigerung von 13% erliefen Oberbodari. Besonders gesucht waren ferner Adlerwerke Kleyer, welche 14% gewonnen; desgleichen lagen Daimler-Motoren fest. Unter den thematischen Werten, die ruhiger lagen, fiel die regere Kaufkraft für Badische Anilin auf. Auch Holzverkohlung und Farbwerke Höchst wurden besser bezahlt. Elektrizitätsaktien blieben in der Mehrzahl höher, so u. a. Felten u. Guillaume, Lahmeyer und besonders Schuckert, welche 9% gewannen. Von Transportwerten waren Schantungspapier als befestigt aufzuführen. Nordd. Lloyd zogen um 4% an. Hamburg-Amerika-Paketaufträge blieben bei ruhigem Geschäft behauptet. Deutsche Erdöl wurden reger umgesetzt bei 1265, steigend bis 1250. Deutsche Petroleum zogen ebenfalls an und wurden zu 790 bis 815 gehandelt. Oravá-Minen-Antelle waren vernachlässigt. Mansfelder Kuxe stellten sich erheblich höher, ebenso Julius Siebel, 1300 bis 1310. Korzerhöhungen erzielten des weiteren Zellstoff Waldhof, Bleistiftfabrik Faber; A. E. G. plus 5%. Bei mexikanischen Anleihen überwiegen die Kursfortschritte. Die Börse zeigte im weiteren Verlaufe eine sehr feste Tendenz, besonders in Industrie-Aktien, Privatdiskont 4% und darunter.

Berliner Wertpapierbörse.

Berlin, 5. Juli. (Draht.) Die schon am vergangenen Samstag hervorgetretene feste Haltung der Börse übertrug sich auch auf den heutigen Verkehr, wozu einerseits die starke Kurssteigerung der Deutschen Erdöl-Aktien, die bei knappem Angebot 1350 erreichen konnten, später aber starken Schwankungen unterlagen, und andererseits die Hoffnung auf einen angeblich günstigen Verlauf der heute in Spa beginnenden Verhandlungen beitrugen. Neben Petroleumwerten, von denen Deutsche Petroleum mit 810 als stark gebessert hervorgingen, setzten besonders Montanwerte ihre steigende Bewegung fort, wobei auch Gerüchte von dem Abschluß der bekannten Konzentrationspläne zwischen einzelnen Unternehmungen in Rheinland und Westfalen eine Rolle spielten. Die Kurssteigerungen betragen hierbei 15%. Bei Farb- und Elektro-Werten, die ruhiger lagen, bis 10%, vereinzelt auch darüber, wie bei AEG. Leichte Besserungen der Devisenkurse bewirkten eine Befestigung der Valutawerte, so besonders Mexikaner und Schantungspapier. Sonst noch wesentlich gesteigert waren Kaliaktien, Deutsche Waffen, Rhein-

Metal und Adlerwerke, wegen Kolonialwerte ziemlich unverändert und vernachlässigt waren. Rentenwerte waren unverändert. Die feste Haltung erhielt sich auch später bei geringen Schwankungen.

Frankfurter Börse.

Festverzinsliche Werte.

3. 3.	
47. Mann. v. 1901 96/08	95.50 95.50
48. Mannh. v. 1912	95.50 95.50
49. Deutsche Reichsbank	79.60 79.60
50. do.	73.00 73.00
51. do.	63.80 63.25
52. do.	60.50 61.50
53. Reichsbank	109.20 105.25
54. IV. und V. do.	81.50 81.60
55. Reichsbank	74.90 74.70
56. Prus. Schatzanz.	99.80
57. do.	87.00 86.50
58. Prus. Konvuls.	60.25 60.00
59. do.	63.50 63.80
60. Bad. Anleihen v. 1919	87.60 87.50
61. do. v. 1899	87.00 87.00
62. Bayer. Eisen-Anl.	86.75 86.00
63. Bay. Eisen-Anl.	63.00 63.00
64. Bay. Pfälz. Eis.-Pr.	93.50

Dividenden-Werte

Bank-Aktien	Dv.	
Badische Bank	67/1	175.00 176.00
Berl. Handelsg.	10	210.00 209.50
Darmst. Bank	5	153.00 152.75
Deutsche Bank	12	255.00 256.00
Disconto-Ges.	10	201.00 201.00
Dresdner Bank	9	172.70 172.75
Nationalkreditanst.	5	143.00 143.00
Pfälz. Hyp.-Bank	7	133.00 134.50
Rhein. Creditbank	7	130.00 133.00
Rhein. Hyp.-Bank	9	162.00 162.00
Süd. Disco-Ges.	7	145.00 145.00

Bergwerke-Aktien.

Boch. Bergw. u. Hütten	5	271.00 281.50
Deutsch-Luz. Bergw.	10	283.00 284.00
Gelsenk. Bergw.	5	290.00 305.00
Harpener Bergbau	5	595.00 595.00
Köln. Westerg. Bergw.	5	340.00 338.00
Mansfelder Bergw.	5	201.00 210.00
Phönix Bergbau	8	420.00 423.00
V. Köh. u. Laurak.	0	210.00 213.00

Devisen-Kurse.

(Für je 100 der Landeswährung in Mark)

Berliner Devisen.

Für drahtlose Auszahlungen	Monatparität	Kursparität 18. Sept.	3. Juli	5. Juli
Amerikan.-Noten	108.71	115.90	131.15 133.85	141.15 143.85
Brassl.-Antwerpen	81.00	81.00	132.65 234.28	240.65 241.35
Christians	112.50	700.25	629.35 639.55	647.35 653.65
Kopenhagen	112.50	700.25	619.25 629.45	637.25 643.55
Stockholm	112.50	700.25	619.25 629.45	637.25 643.55
Helsingfors	81.00	141.20	7.35 163.70	157.30 157.70
London	20.45	148.97	19.20 149.35	149.65
New-York	4.83	77.49	37.58	37.89 37.95
Paris	81.00	116.90	117.35	123.65 124.35
Schwiz	81.00	531.25	675.30 676.70	680.30 681.70
Spanien	81.00	372.50	658.15	658.95
Wien, alte	85.00	37.05	23.45 23.53	23.25 23.38
Wien, abgibt.	85.00	37.05	23.47 23.53	23.25 23.38
Prag	81.00	85.00	86.22	86.70 86.47
Budapest	81.00	85.00	86.22	86.70 86.47
Bolsan	81.00	19.20	19.20	19.20
Konstantinopel	19.20	19.20	19.20	19.20

Frankfurter Devisen.

	2. Juli	3. Juli	5. Juli
Holland	1338.00	1334.00	1341.00 1344.00
Antwerpen	1328.00	1324.00	1331.00 1334.00
Norwegen	614.25	613.75	623.25 623.75
Dänemark	614.75	614.25	623.75 624.25
Schweden	829.00	831.00	839.00 844.00
Helsingfors	164.50	165.50	162.00 166.50
Italien	227.00	228.00	237.50 239.50
London	149.75	149.75	149.75 149.75
New York	37.53	37.72	37.72 37.90
Paris	313.00	314.00	315.50 316.50
Schwiz	674.75	675.75	676.75 677.25
Spanien	619.25	620.75	614.25 615.25
Wien, alte	25.90	26.00	26.17 26.17
Deutsch-Ost. (abg.)	25.90	26.00	26.17 26.17
Prag	85.00	85.00	85.00 85.00
Budapest	85.00	85.00	85.00 85.00
Lissabon	85.00	85.00	85.00 85.00

Frankfurter Notenmarkt

Amerikanische Noten	Gold	Brief	Oester.-Ungar. alle.	Gold	Brief
Belgische	340.80	343.25	Norwegische	575.00	575.00
Dänische	614.25	614.25	Rumänische	92.20	92.75
Englische	151.15	151.85	Spanische	—	—
Französische	3.250	323.50	Schweizer	—	—
Holländische	1351.00	1354.00	Schwedische	—	—
Italienische	231.25	231.50	Tschecho-Slovak.	80.75	81.25
Oesterreich. abgibt.	25.90	26.00	Ungarische	—	—

* Die Kurse der Berliner Börse sind infolge Gewitterstörungen heute ausgeblieben.

Wirtschaftliche Rundschau.

Zur Verkehrsfrage im Ruhrbezirk.

Die Verkehrsfrage im Ruhrbezirk ist gegenwärtig günstig. Die frische Forderung der Zechen konnte, ebenso wie ein weniger Teil der Lagerbestände, abgefahren werden. Die Wagenstellung betrug werktäglich 20730 Wagen. Die Haldenbestände beliefen sich am 26. Juni 1920 nur noch auf 245700 t. Da gegenwärtig Kahnraum und Schleppekraft ausreichend verfügbar sind, und die Schiffe voll beladen werden können, stieg die Zufuhr an Kohlen und Koks zu den Duisburg-Ruhrorter Häfen und der dortige Umschlag arbeitstäglich auf fast 32500 Tonnen. Die Brennstoff-Verladungen in den Kanalzechen-Häfen betragen 28900 t gegen 25000 t in der vorausgegangenen Woche.

Weiterer Preisabschlag für Schuhwaren.

Aus Mannheimer Schuhwarenhändlern wird uns mitgeteilt, daß in einer Versammlung des Vereins der Mannheimer Schuhwarenhändler am 27. Juni eine weitere Preisermäßigung über den zu Pfingsten begonnenen Abbau der Preise beschlossen wurde, sodaß in den Mannheimer Schuhwarengeschäften die Preise der heutigen Marktlage entsprechen und die Januarpreise bereits erreicht sind. Es müsse daher anerkannt werden, daß die Schuhwarenbranche nicht zögert, die Preise möglichst abzubauen, weshalb es bedauerlich bleibt, wenn in anderen Städten Pfänderungen und Vergewaltigungen von Schuhwarengeschäften vorkommen.

Erhöhung von Hypothekenzinssätzen.

Eine Reihe von Sparkassen im Sparkassenverband Sachsen-Anhalt erhöhen im Anschluß an eine Aussprache, die unlängst in Weimar über die Verbandspolitik auf dem Hypothekemarkt stattfand, vom 1. Oktober an den Zinsfuß für Hypotheken von 4% auf 4 1/2%, wobei betont sei, daß Sparkassenhypotheken im Gegensatz zu Hypotheken von Privatgläubigern von der 10%igen Kapitalertragssteuer frei sind eine Vergünstigung, die ungefähr 1/2% des Hypothekenzinssatzes ausmacht.

Kalkverteilung für das dritte Vierteljahr.

Die Verteilung für Juli, August und September ist wie folgt beschlossen worden: Eisen- und Stahlwerke 30000 Tonnen, chemisch-

Industrie 30000 Tonnen, Kalkstickstofffabriken 35800 Tonnen, Kokereien und Gassanstalten 4000 Tonnen, Landwirtschaft 40000 Tonnen, Baugewerke 78000 Tonnen, Kalksandsteinfabriken 11500 und Schwemsteinfabriken 10000 Tonnen. Im ganzen wurden 260300 Tonnen verteilt.

Stuttgarter Lebensversicherungsbank a. G. (Alte Stuttgarter). In der Generalversammlung berichtete Generaldirektor Dr. Leibbrand über die geschäftlichen Ergebnisse des Jahres 1919, das in der Todesfallversicherung einen Überschuß von 7200000 M. einschließlich der den Gewinnrücklagen der Versicherer vorweg zugeschriebenen Zinsen im Betrage von 885334 M. brachte. Von diesem Überschuß fließen satzungsgemäß 4676031 M. in die Dividendenreserve, während 1258677 M. für den Dividendenrücklagenfonds vorgeschlagen wurden und der Rest mit 300000 M. dem Pensionsfonds der Beamten zugewiesen werden soll. Die vorgeschlagene Verwendung des Überschusses und die Bildung einer Valuta-Reserve von 8 Mill. M. wurden genehmigt. Die ausscheidenden Aufsichtsratsmitglieder: Fabrikant Iwan Bally in Schönenwerd (Schweiz), Freiherr von Tucher in München, Baurat J. Früh, Rechtsanwalt H. v. Kraut, Kommerzienrat L. Strauß in Stuttgart und Baurat Dr. h. c. F. Nallinger in Mannheim wurden wiedergewählt.

Berlinische Lebens-Versicherung-Gesellschaft. Unter dem Namen „Berlinische Allgemeine Versicherungs-Aktien-Gesellschaft“ beabsichtigt die Berlinische Lebens-Versicherung-Gesellschaft (Alte Berlinische), eine Tochter-Gesellschaft zu errichten, welche die Feuer-, Einbruchdiebstahl- und Aufrührschäden-Versicherung betreiben soll. Die Organisation der „Alten Berlinischen“ wird in den Dienst des neuen Unternehmens gestellt. Als Aktienkapital ist der Betrag von 5000000 M. in Aussicht genommen.

Waren und Märkte.

Mannheimer Produktenmarkt.

Mannheim, 5. Juli. Die Börse war heute gut besucht und im allgemeinen war ein fester Grundton wahrzunehmen. Die Preise zeigten fast durchweg eine Steigerung, doch kamen zu den erhöhten Forderungen nur unbedeutende Abschlüsse zustande, da die Käufer sich Zurückhaltung auferlegten. Hafer, der vor 8 Tagen zu 112-114 M. am Marke war, kostete heute 128-130 M. per Zentner ab süddeutschen Stationen. Auch die Preise für Haferfabrikate zogen an. Haferflocken waren zu 360 M., Hafermehl zu 240 M., Haferkleie zu 116-118 M. und Haferstroh zu 36-39 M. per 100 kg ab Verladestationen am Marke. In Lein-, Palm-, Raps- und Kokoskuchen bewegten sich die Forderungen auf ungefähr letztwöchener Basis. Auch für Reisfuttermehl wurden nur unbedeutende Mehrforderungen gestellt. Melassestroh-Kraffutur, in Brikketsform gepreßt, war ab bessischer Stationen zu 49-54 M. per 100 kg am Marke. Beschädigte und gedarrte Erbsen wurden zum Preise von 122-124 M. per 100 kg offeriert. Dörrgemüse hatten behauptete Tendenz, bei etwas erhöhten Forderungen; man verlangte für gedörrte Möhren 135-145 M., für Mischgemüse 80-90 M. und für Trockenschnittel 240 M. für die 100 kg ab süddeutschen Stationen. Für Heu, das recht fest lag, sind die Preise nicht unwesentlich in die Höhe gesetzt worden; verlangte man doch für bayerisches Wiesheu 28-29 M. und für bayerisches Kleeheu 32-34 M. Mark per Zentner ab bayerischer Stationen und für württ. Wiesheu 32 M., Kleeheu 37-38 M. per Zentner ab württemberg. Verladestationen. Die Angebote von den badischen, pfälzischen und rheinischen Stationen hielten sich auf ungefähr gleicher Höhe. Stroh lag ruhig ohne nennenswerte Umsätze. Die Preise, die gestellt wurden, bewegten sich für drahtgepresstes Rapsstroh zwischen 12-13 M. und für Getreidestroh zwischen 17-20 M. per Zentner ab süddeutschen Verladestationen.

Hülsenfrüchte waren in guten Qualitäten etwas besser gefragt, im allgemeinen übte man aber im Einkauf weitere Zurückhaltung und die Geschäfte, die getätigt wurden, hielten sich in engen Grenzen. Die Preise haben eine nennenswerte Veränderung nicht erfahren. Ackerbohnen kosteten 104-108 M. und grüne holländische Erbsen 145-150 M. per Zentner.

Nürnberg Hopfenmarkt.

Nürnberg, 5. Juli. (Originalbericht.) Das Geschäft blieb äußerst ruhig. In 1919er Hopfen kamen etwa 50 Ballen zwischen 2500 und 3200 M., ältere Ware mit 380-400 M. per Zentner zum Verkauf. Die offiziellen Preisnotierungen des Marktes lauten für prima Hopfen aller Sorten auf 32-3500 M., auf mittlere Hopfen 25-3000 M. Diese Preise sind ausgesprochen nominelle. Ueber die Preisgestaltung der neuen Ernte läßt sich jetzt noch nicht sagen. Die nächsten 14 Tage werden darüber eine endgültige Klärung bringen. Von allen Seiten lauten die Berichte sehr günstig.

Die deutschen Brauer haben an die Regierung den Antrag gestellt, für die Hopfenerte 1920 einen Höchstpreis und ein gewisses Kontingent festzusetzen, d. h. einen Teil der Ernte für die Brauereien zu sichern. Der deutsche Hopfenbauverein hat gegen dieses Vorgehen sofort Protest eingelegt. Der Auslandsbericht ist ruhig.

Baumwollmarkt.

Bremen, 3. Juli. Von Knoop u. Fabarius, Bremen, wird über die Lage wie folgt berichtet: Während im allgemeinen die absolute Geschäftsstille allerwärts angehalten hat, haben die Terminmärkte in der verflochtenen Woche mancherlei Sprünge vollführt, die unerwartet der Gesamtfrage ein verändertes Gepräge gegeben haben. Die Märkte schlossen am 2. ds. Mit wie folgt:

	mid. disp.	Juli	Oktober	Januar
in Liverpool am 2. Juli	—	24.-d.	22.56 d.	20.99 d.
in Newyork „ 2. „	39.75 cs.	38.90 cs.	33.04 cs.	31.15 cs.
in Neworleans „ 2. „	39.75 cs.	—	32.68 cs.	30.95 cs.

Ob dieses veränderte Gepräge beibehalten werden wird, steht dahin. Jedenfalls ist aber wohl damit zu rechnen, daß der Süden, nachdem die Loco- und die Juli-Positionen in Amerika in wenigen Tagen um mehr als 3-5 cs. gestiegen, von neuem sich sehr fest stimmen lassen wird.

Für uns hier im Lande ist glücklicherweise die Versorgung für die nächste Zeit durchaus sichergestellt, was bei dem scharfen Anziehen der Preise der alten Ernte und der sehr knappen Weltversorgung in guten Klassen von wesentlicher Bedeutung ist; trotzdem im allgemeinen nach wie vor starke Zurückhaltung der Käufer herrscht, zeigt sich doch hin und wieder Beacht für sofortige Lieferungen, eine Erscheinung, die voraussichtlich stetig wiederkehren wird, denn Vorräte an Rohstoff besitzt unsere Textil-Industrie wohl kaum.

Süßneraugen??

Die Bitt nur Bittst, hat fündel mit funder schenke Bittst. Nach einer fündel, Bittst und Kumpen mit fündel Bittst. angewiesen. Preis 1.50 Mark

Kuffstien-Drogerie, N. 4, 13/14, (Kunstrasse) Viktoria-Drogerie, Schwetzingenstrasse, 30.

